



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 09.06.2016, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

**Strategisches Fachkonzept Klimaanpassung  
(Klik)  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 123/16**

---

#### Beratungsverlauf:

Zu Beginn erinnert BM **Ilk** daran, dass man das Fachkonzept Klimaanpassung (Klik) bereits im letzten Gemeinderat beschlossen habe und heute die Gelegenheit biete, nochmals Überlegungen, Gedanken und Wünsche darzulegen.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass er bereits die Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verfolgt habe. Aus seiner Sicht sei man mit dem Vorschlag der Verwaltung gut aufgestellt. Es gäbe noch Anregungen und Ergänzungen zur weiteren Diskussion. Beispielsweise könne man vermehrt über begrünte Flachdächer nachdenken, dabei müsse allerdings die Haltbarkeit im Vergleich zu Ziegeldächern beachtet werden. Ob das Flachdach dann noch klimafreundlicher sei, müsse erst noch geprüft werden. Insgesamt spricht er sich für die Umsetzung sinnvoller Maßnahmen aus, die sich im Einklang zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit befänden.

Zum Hintergrund der Anwendung des Fachkonzeptes erläutert BM **Ilk**, dass dieses als Checkliste gedacht sei, die in jedes neue Projekt einfließe. Somit würden viele konkrete Maßnahmen unter den Aspekten des Klimaanpassungskonzeptes diskutiert.

Stadtrat **Gericke** bedauert, dass die Stadtverwaltung heute krankheitsbedingt nicht auf die Anregungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der letzten Gemeinderatssitzung eingehen könne. Er wünscht sich ein gelebtes Klimaanpassungskonzept, aus dem er einige Punkte besonders hervorhebt. Beispielsweise die Frage der Gehölzlisten. Darüber habe man zuletzt bei der Sanierung der Comburgstraße diskutiert. Hierbei müsse man aufpassen, ausgewählte Baumarten nicht zu bevorzugen und dadurch Monostrukturen zu schaffen. Man habe auch zum mobilen grünen Zimmer Stellung genommen, zu dem im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt sicherlich noch ein Bericht erfolge. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Betrachtung der Kaltluftschneisen, welche bei der Planung von neuen Baugebieten bedacht werden müssten. Seiner Fraktion sei die kontinuierliche Einbringung von Maßnahmen zur Klimaanpassung und Begrünung wichtig. Der Arsenalplatz, welcher derzeit als Parkplatz genutzt werde, sich aber auch als Grünfläche eigne, sei für die Fraktion ein Beispiel zum möglichen Umgang mit dem Thema Begrünung in der Innenstadt. Zum Beschlussvorschlag sei die Fraktion der Meinung, dass der Punkt 2 konkretisiert werden solle. Der zweite Satz müsse seiner Meinung nach in „die Stadtverwaltung erarbeitet ein Maßnahmenkonzept und legt jährlich den Gremien Umsetzungsschritte zur Beschlussfassung vor“ abgeändert werden. Ansonsten stimme man dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat **Juraneck** verweist auf die ausführliche Stellungnahme seiner Fraktion in der Sitzung des  
Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 09.06.2016

Gemeinderates, weshalb er nicht sehr ins Detail gehen werde. Die Ökosysteme gerieten unter Druck und es werde höchste Zeit zu handeln. Die Kommunikation und Vermittlung des Inhalts des Klimaanpassungskonzepts sei deshalb von ausschlaggebender Bedeutung. Es müsse ein Bewusstsein auf allen Ebenen geschaffen werden, um die Umsetzungsvorschläge durchzusetzen. Zielkonflikte seien dabei vorprogrammiert, wie sich in der erforderlichen Anhebung von Baustandards und den daraus resultierenden Mehrkosten zeige. Die Aussagen des Klimaanpassungskonzepts seien allgemein gehalten, so dass man sie auf andere Kommunen übertragen könne. Spannend werde es, wenn die Aussagen auf die Stadt und das Umland heruntergebrochen würden. Ganz generell müssten als solide Grundlage Ziele zur weiteren Bearbeitung formuliert werden, Der nächste Schritt stelle für ihn die Erarbeitung einer Prioritätenliste dar. Die wichtigsten Aspekte, wie die Erhaltung der Grünbereiche und die Berücksichtigung der Kalt- und Frischluftgebiete, seien bereits genannt worden. Ludwigsburg verfüge zwar über sehr hochwertige innenstadtnahe Grünanlagen, doch besonders die Vernetzung der Grünanlagen fehle Stadtrat Juranek. Durch die Grüne Nachbarschaft und den Landschaftspark Neckar schreite die regionale Vernetzung weiter voran. Das Klimaanpassungskonzept werde als Filter benötigt, um die Stadtentwicklung und Bauleitplanung weiterzuentwickeln und auch in dieser Entwicklung zu überprüfen. Den Zusatzantrag zu Punkt zwei halte seine Fraktion für unnötig, da der Gemeinderat alle geplanten Maßnahmen beschließe und deshalb kein Anlass zur Sorge bestehe, dass etwas untergehe.

Da das strategische Fachkonzept bereits Umsetzungsschwerpunkte definiere, zeigt sich Stadtrat **Rothacker** über die Forderung von Maßnahmenlisten verwundert. . Zudem müsse man bei jedem Projekt Bezüge herausarbeiten und individuelle Anpassungen vornehmen. Den Zusatzantrag halte seine Fraktion deshalb für nicht nötig. Der ursprünglichen Beschlussvorlage könne man zustimmen.

Nach der Wahrnehmung von Stadträtin **Burkhardt** ist der Klimawandel eine Tatsache, die sich in Südwestdeutschland besonders auswirke. Das heutige Konzept solle als informelle Planung beschlossen und zukünftig in die Bauleitplanung und die städtische Sanierungsplanung eingebunden werden. Jedoch sei nicht klar, auf welcher Ebene diese Einbindung geschehe. Diese Klärung sei ihr allerdings wichtig, damit die Stadt Ludwigsburg nicht nur den gesetzlichen Vorgaben gerecht wird, so heiße es in der Vorlage auf Seite 3. Sondern auch außerhalb des Baugesetzbuches habe man die Aufgabe der Daseinsvorsorge mit der sozialen und ökologischen Verantwortung für die Bürger und Bürgerinnen. Sie vermisse klare Ziele für ein spezielles Ludwigsburger Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept. Die Beschlussvorlage beziehe sich lediglich auf die die Masterpläne. Zwischen den Aussagen der Masterpläne und den Maßnahmen des Klimaanpassungskonzepts gäbe es allerdings Konflikte. Zum Beispiel bei der Schaffung von attraktivem Wohnraum und der Notwendigkeit der Vergrößerung von Grünflächen und des Waldanteils. Hier müssten die bestehenden Bebauungspläne untersucht und gegebenenfalls angepasst werden. Andere Städte wie Karlsruhe hätten eine Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung eingesetzt, die sich mit den Konflikten zwischen Klimaschutz, Klimawandel, Grün in der Stadt und attraktivem Wohnen auseinandersetze. Der Klimawandel habe große Auswirkungen auf die Bevölkerung und auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der Stadt. Wenn die Verwaltung dafür neues Personal benötige, müsse das im Sinne sozialer Verantwortung umgesetzt werden. Der bescheidene Waldanteil solle zuerst unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet werden und nicht unter wirtschaftlichen oder verkehrssicherungspflichtigen Gesichtspunkten. Eine Baumschutzsatzung halte sie in diesem Zusammenhang seit Jahrzehnten für notwendig. Dies sei ein Beispiel für die im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung geforderten konkreten Maßnahmen, an denen man arbeiten müsse.

Daraufhin betont BM **Ilk** nochmals, dass es sich bei dem Konzept um eine Checkliste handele, die in die Abwägungen einfließen werde. Man müsse dieses Konzept immer im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen sehen. Vor diesem Hintergrund könne er den Antrag von Stadtrat Gericke nicht nachvollziehen.

Für Stadtrat **Gericke** gingen die Diskussionsbeiträge der Freien Wähler und der SPD in die gleiche Richtung. Mit dem Konzept verfüge die Stadt über einen Maßnahmenkatalog, den man leben müsse. Für ihn stelle sich die Frage, ob es eine Art „KLIK-Programm“ geben könne, bei dem über einzelne Maßnahmen abgestimmt werde. Wenn dies so gemeint sei, entfalle eine gesonderte Anpassung des Beschlussvorschlages.

Stadtrat **Juraneck** greift dies auf und appelliert an die Gremienmitglieder, sich nicht auseinander zu differenzieren, sondern die Beschlussvorlage mit großer Mehrheit zu beschließen. Sein Vorschlag wäre, dass die Verwaltung nach einem Jahr über die Erfahrungen mit dem Klimaanpassungskonzept berichte.

BM **Ilk** erläutert, dass das Programm in die Masterpläne einfließe und somit in der täglichen Arbeit der Verwaltung verankert werde. Nach einem Jahr einen Bericht über die Erfahrungen zu geben, wäre hingegen kein Problem.

Stadtrat **Gericke** zieht seinen Antrag unter dem Vorbehalt zurück, dass ein Umsetzungsprogramm mit Maßnahmenvorschlägen generiert werde.

BM **Ilk** sagt zu, über einzelne Teilbereiche zu berichten.

---

<b>TOP 1.1</b>	<b>- Antrag von Stadträtin Elga Burkhardt (LUBU) vom 18.06.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 259/15</b>
----------------	---	------------------------

---

<b>TOP 1.2</b>	<b>Erarbeitung eines Rahmenplans "Klimaanpassung" - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 549/15</b>
----------------	---	------------------------

---

<b>TOP 1.3</b>	<b>Erarbeitung von Plänen zur Verbesserung der ökologischen Wirksamkeit des Waldbestandes - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 550/15</b>
----------------	---	------------------------

---

### Beschlussempfehlung:

Der Vergabe der Generalübernehmerleistung für die schlüsselfertige Erstellung der neuen Turnhalle Hoheneck wird zugestimmt.

Gewerk	Firma	Verfügte Summe / pauschale Vorgabe Gemeinderat Inkl. 19 % MwSt.
Generalübernehmerleistung Neubau Turnhalle	Schatz Projectbau GmbH	2.300.000,- EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (unentschuldigt)

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt zunächst in die Vorlage ein. Aus Kostengründen habe sich der Gemeinderat gegen eine Sanierung und für einen Neubau in Form einer Generalübernehmer-Ausschreibung mit einem Kostenvolumen von 2,3 Mio. Euro entschieden.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) präsentiert die Vergabe der Generalübernahmeleistung. Durch den Eingang des Bewilligungsbescheides der Fördermittel in Höhe von 300.000 Euro stehe einer Vergabe nun nichts mehr im Wege. Im Angebotsverfahren hätten drei Angebote vorgelegen, davon sei das Angebot der Schatz Projectbau GmbH als einziges im Kostenrahmen geblieben. Weiterhin geht Frau Barnert auf spezifische bauliche Details der Sporthalle ein. Das Gebäude werde aus Kostengründen als Massivbau errichtet. In Gesprächen mit den Bietern zu technischen Fragen habe man eine Beispielhalle in Tübingen besichtigt. Diese wird anhand von Detailfotos gezeigt und die Bezüge zum Bauvorhaben in Ludwigsburg veranschaulicht. Der Abbruch der alten Sportanlage sei im Angebot inbegriffen. Die Fertigstellung des Gebäudes und Inbetriebnahme sei für Oktober/November 2017 geplant.

Stadtrat **Noz** hofft, dass die geplanten Kosten gehalten werden. Gern trage die CDU-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung mit.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** stört sich an der fehlenden Nachhaltigkeit der Entscheidung. Eine Sanierung sei im Vergleich zu einem Neubau immer nachhaltiger. Sie schlägt vor, die Kinder der Schule zur Bemalung der Außenanlagen einzuspannen. Eine Besonderheit einer Turnhalle sei immer der Hallenboden, deswegen interessiere sie sich für die Materialität des Hallenbodens.

Über den Erfolg der Hohenecker Initiative freut sich Stadtrat **Juranek**. Das jetzige Ergebnis könne sich sehen lassen, sowohl der Generalübernehmer als auch der Architekt hätten seiner Meinung nach einen guten Ruf. In einem GÜ-Verfahren entstünde hinter den Kulissen bei den Beteiligten ein großer Druck, solche Verhältnisse sollten nicht durch die Verwaltung gefördert werden. Ziel müsse es vielmehr sein, ein Verfahren zu finden, welches ein faires Miteinander zwischen den Beteiligten garantiere und zu wirtschaftlichen Ergebnisse führe.

Stadtrat **Rothacker** bedankt sich bei der Verwaltung für die Umsetzung des Antrags seiner Fraktion vom 2. September 2014. Der Dank gelte insbesondere auch den Hohenecker Bürgerinnen und Bürgern, die sich für den Neubau eingesetzt und den Antrag unterstützt hätten. Die seinerzeit veranschlagten Sanierungskosten lagen bei 1,9 Mio. Euro. Wenn man bedenke, dass man jetzt eine neue Halle für relativ geringe Mehrkosten erhalte, so schätzt er dies als sehr nachhaltig ein. Solche Hallen seien Standardbauten und man hoffe, dass man sich im Frühjahr 2018 über eine fertige Halle und in Zukunft auch über weitere solche Projekte freuen könne.

Stadträtin **Burkhardt** bemängelt das ihrer Auffassung nach mangelhafte Erscheinungsbild der Halle. unabhängig von Standards könne man Hallen preisgünstig bauen, die auch ein ansprechendes Erscheinungsbild hätten. Die Baumaßnahme erinnere sie an die Schulbaumaßnahmen der siebziger Jahre, von denen Sie hoffe, dass man diese Zeit überwunden habe. Deshalb werde sie sich heute enthalten, im Gemeinderat aber Stellung beziehen.

Herr **Joas** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert über die Ausgestaltung des Hallenbodens als flächenelastischer Sportboden, welcher aus mehreren Materialschichten bestehe.

Auf die Nachfrage von Stadtrat **Juranek**, ob der Bolzplatz Teil der Vergabe sei, führt Frau **Barnert** aus, dass es wie besprochen keinen ausgewiesenen Bolzplatz mehr geben werde. Alternative sei eine asphaltierte Fläche.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 152/16 zur Abstimmung.

<b>TOP 3</b>	<b>Bebauungsplan "Schönbeinstraße Süd" Nr. 026/09 - Beschluss zum Städtebaulichen Konzept und einer öffentlichen Informationsveranstaltung (Vorberatung)</b>	<b>Vorl.Nr. 172/16</b>
--------------	--	------------------------

---

### **Beschlussempfehlung:**

- I Das **Städtebauliche Konzept** zum BP „Schönbeinstraße Süd“ Nr. 026/09 wird beschlossen. Maßgebend ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 20.05.2016.
- II. Eine **erneute frühzeitige Beteiligung** der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange wird durchgeführt. Der Öffentlichkeit wird zusätzlich im Rahmen einer öffentlichen **Informationsveranstaltung** die aktuelle Planung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari (unentschuldigt)

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet über das Ergebnis des durchgeführten Wettbewerbsverfahrens zur Entwicklung der Flächen zwischen Schönbein- und Kammererstraße für die Wohn- und gewerbliche Nutzung. Der Siegerentwurf habe das Büro VON M Architekten GmbH aus Stuttgart erstellt. Heute stünde das Planungskonzept zur Diskussion, welches er in seinen wesentlichen Zügen kurz vorstellt. Aktuell sei man noch dabei mit der Firma Strenger den städtebaulichen Vertrag zu verhandeln. Als nächstes werde man in eine neue Bürgerbeteiligung eintreten, um zu Beginn des nächsten Jahres das Baurecht mit dem eigentlichen Entwurfsbeschluss auszugeben.

Nach Ansicht von Stadtrat **Braumann** zeige das Beispiel gut, wie Arbeit und Wohnen zusammengeführt werden könnten. Die Zukunft des Areals sei kontrovers diskutiert worden und dass man heute Teile eines Gewerbegebietes wiederbelebe und neuen innenstadtnahen Wohnraum schaffe, sei nicht nur ein Verdienst der Verwaltung sondern auch auf die Bereitschaft des Unternehmers zurück zu führen, neue Wege in Form des Wettbewerbs zu gehen. Manche seien immer noch nicht überzeugt, die CDU-Fraktion sehe das Projekt allerdings auf einem guten Weg. Dem Übergang zum bestehenden Wohnquartier in der Schönbeinstraße gelte ein besonderes Augenmerk, dies zeigten auch die eindeutigen Verbesserungen in der Überarbeitung. Für die Weststadt und angrenzende Gewerbeareale sei die Erhaltung des Gewerbegebietes besonders wichtig. Der Information der Bürger habe die Verwaltung durch die Informationsveranstaltung Rechnung getragen, worauf man viel Wert lege. Dem Beschluss heute werde die CDU-Fraktion als Startschuss gern zustimmen.

Das Nebeneinander zwischen Gewerbe und Wohnen, so Stadträtin **Knoß**, sei nimmer schwierig; hier habe man aber eine sehr gute Lösung gefunden. Auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung sei es wichtig, die bestehenden Gewerbegebiete zu schützen, um nicht immer neue Flächen versiegeln zu müssen. Sie bittet allerdings um Informationen zum energetischen Konzept.

Stadtrat **Juraneck** verweist auf den langen Beratungsweg bis zum heutigen Ergebnis. Der Gedanke der Mehrfachbeauftragung stelle sich jetzt als erfolgreich und richtig heraus. Dass die Firma Strenger sich darauf eingelassen habe, sei anerkennenswert. Als Mitglied des Preisgerichts könne er sagen, dass es für die meisten überraschend war, dass es einen klaren Sieger gab. Der erste Preis habe überzeugt, da er klar strukturiert, städtebaulich richtig, stimmig organisiert sowie gut an die kleinteilige Wohnbebauung in der Schönbastraße angebunden. Außerdem hätten die strikte Trennung von Gewerbe und Wohnen und besonders die Lösungsvorschläge für den Schallschutz beeindruckt, was zu einem sehr guten Ergebnis geführt habe. Auch die Enthaltung des preiswerten Wohnraums sei wichtig und man könne der Firma Strenger danken, dass diese sich auf dieses Verfahren eingelassen habe.

Stadtrat **Remmele** bezeichnet die Fläche als eine der wichtigsten noch zu beplanenden innerstädtischen Flächen. Das jetzige Ergebnis trage insbesondere der Umgebung Rechnung. Die Firma Strenger habe sich sehr viel Mühe gegeben, dem Wunsch der Stadt nahe zu kommen, das Gewerbegebiet so zu platzieren, dass es keine störenden Auswirkungen entfalte. Auch die Eingliederung des preisgünstigen Wohnens zwischen den anderen Blöcken entspreche dem Wunsch nach einer Durchmischung und der Vermeidung von Konzentrationen. Im Großen und Ganzen sei der Entwurf sehr gelungen.

Stadträtin **Burkhardt** kritisiert die Dichte der Bebauung, die Ihr trotz Reduzierung immer noch zu hoch sei. Auch die Höhenentwicklung bewertet sie negativ Ihrer Meinung nach hätte es der hohen Nachfrage an Gewerbeflächen in Ludwigsburg gut getan, wenn man aus dem gesamten Areal ein Gewerbegebiet mit Einschränkungen gemacht hätte. Da die Immobilienhändler in Ludwigsburg sich seither immer dagegen ausgesprochen hätten, dass sie für den preisgünstigen Wohnraum zuständig seien, würde Sie interessieren wie hoch der im städtebaulichen Vertrag festgesetzte Anteil des preisgünstigen Wohnraums werden solle. Nachfolgend äußert Stadträtin Burkhardt den Wunsch nach einer getrennten Abstimmung. Der Bürgerbeteiligung werde sie dabei selbstverständlich zustimmen.

Herr **Kurt** geht auf die Nachfragen aus der Mitte des Gremiums ein. Er führt aus, dass die Überlegungen zum energetischen Konzept noch nicht abgeschlossen seien. Man sei aber gemeinsam mit der Firma Strenger und den Stadtwerken in Verhandlungen und denke aktuell an einen Fernwärmeanschluss an das Holzheizkraftwerk. Wenn dies nicht gelingen solle, werde es ein dezentrales Energiekonzept geben, über das man den Ausschuss informieren werde. Der Anteil des preisgünstigen Wohnraums betrage im vorliegenden Fall etwa 20 Prozent.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Link** zur Zufahrt und der damit einhergehenden Erschließung erläutert Herr **Kurt** die heute anstehende Entscheidung. Bestandteil der Beschlussvorlage sei der vorgelegte Plan inklusive der Zufahrt über die verlängerte Kammererstraße. Die Grundstücksverhandlungen liefen bereits und man sei überzeugt, dass es sich nur um eine Frage der Zeit handle. Da die Stadt selbst das Grundstück der Gleistrasse einbringe, wäre man in einer guten Verhandlungsposition. Inhaltlich würde es aber heute beschlossen.

Stadtrat **Link** stellt die Frage, ob es durch den Beschluss zu Enteignungen kommen könne.

Herr **Kurt** verneint dies. Zwar bestünde die theoretische Möglichkeit, aber man habe diesen Weg noch nie beschritten und denke auch im vorliegenden Fall nicht daran. Als Plangeber für den Bebauungsplan lege man dort eine Straßenfläche fest. Die Flächen lägen noch im privatrechtlichen Eigentum. Durch den Bebauungsplan könne man zwar theoretisch bodenrechtlich vorgehen, da beide Seiten aber gegenseitig aufeinander angewiesen seien, sei er optimistisch eine Eignung zu erzielen.

BM **Ilk** fasst nochmals zusammen, dass man eine Enteignung nicht anstrebe, auch wenn das theoretisch möglich wäre. Man setze auf eine einvernehmliche Lösung, brauche für die Verhandlungen aber den Beschluss des Gemeinderats. Zum Abschluss stellt er die Vorl.Nr. 172/16 zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Für eine Stichstraße im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg, Baugebiet Sonnenberg Süd-West (Bebauungsplan 056/06) wird folgender Name festgelegt:

Caerphillystraße

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend:            Stadtrat Lettrari (unentschuldigt)  
                                 Stadtrat Orzechowski

Beratungsverlauf:

Eingangs weist BM **IIIk** darauf hin, dass es sich um eine Neubenennung und nicht um eine Umbenennung der Straße handle. Man habe in diesem Bereich bereits eine Missouristraße und einen St. Charles-Ring und man halte die Einrichtung einer Carphillystraße für sinnvoll. Zudem gäbe es entsprechende Zusagen an die Partnerstadt, in der es auch eine Ludwigsburger Straße gäbe.

Eine Aussprache wird vonseiten des Gremiums nicht gewünscht.

BM **IIIk** stellt die Vorl.Nr. 165/16 zur Abstimmung.